

PARLAMENTSREPORT Süd-West

Nachrichten der Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf
aus dem Abgeordnetenhaus von Berlin
Plenarsitzung vom 11.02.2021

Die Corona-Pandemie bestimmt die Politik in Berlin. Der rot-rot-grüne Senat hat den Lockdown nun bis zum 7. März verlängert. Die Berliner CDU-Fraktion steht hinter dem Beschluss des Senats. Er ist die folgerichtige Entscheidung nach der Ministerpräsidentenrunde bei Bundeskanzlerin Angela Merkel. Grundsatz: Wir müssen langsam zur Normalität zurück, die Gesundheitsämter stärken für eine konsequente Kontaktnachverfolgung, den Schulunterricht wieder starten – aber wir müssen auch auf jeden Fall einen dritten Lockdown verhindern. Und wir wollen die Unternehmen Berlins und ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter besser unterstützen. Der Berliner Senat tut hier zu wenig, in Not geratene Unternehmen müssen finanzielle Hilfen schneller bekommen, sie brauchen sie dringend.

In dieser Plenarsitzung waren u.a. Anträge der CDU über die internationale Vernetzung beim Kampf gegen Drogenmissbrauch, die Vereinfachung der Bauordnung sowie eine geforderte Landesstudie zur SARS-CoV-2-Infektiosität von Kindern Themen. Ausgerechnet der linke Bausenator Scheel fehlte zunächst bei der Beratung der Bauordnung, er hatte sich kurzfristig in den Urlaub abgemeldet! Dies ist unparlamentarisch und ein Affront gegenüber dem Berliner Parlament, die Abgeordneten haben ihn in ins Plenum herbeizitieren lassen.

In diesem Parlamentsreport befasst sich Adrian Grasse mit dem Zukunftskonzept der Charité, Oliver Friederici analysiert die Situation der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg mit dem Flughafen BER, Cornelia Seibeld beleuchtet den aktuellen koalitionsinternen Disput zum Neutralitätsgesetz und Stephan Standfuß befasst sich u.a. mit der Situation der Athleten.

Wir wünschen ein gutes Wochenende.
Und bitte bleiben Sie gesund.
Ihre Abgeordneten aus Steglitz-Zehlendorf

Im Abgeordnetenhaus von Berlin ist Steglitz-Zehlendorf mit insgesamt fünf CDU-Abgeordneten vertreten.



Oliver Friederici

Sprecher für Verkehr und Landwirtschaft

Christian Goiny

Sprecher für Haushalt und Medien

Adrian Grasse

Sprecher für Forschung

Cornelia Seibeld

Sprecherin für Integration und Kirchen
Vizepräsidentin des Abgeordnetenhauses von Berlin

Stephan Standfuß

Sprecher für Sport
Sprecher im Untersuchungsausschuss
"Terroranschlag Breitscheidplatz"

Im Parlamentsreport berichten wir aus der Plenarsitzung über die aktuellen Themen, die für die Menschen im Bezirk Steglitz-Zehlendorf relevant sind.

Im Text finden Sie anklickbare Links, die Sie zu zusätzlichen Informationen führen. Mit einem Klick auf die Nummer einer Drucksache gelangen Sie in das Dokumentensystem des Berliner Parlamentes und direkt auf Anträge, Beschlussvorlagen und Ähnliches. Ein Klick auf den Videolink leitet sie auf die Webseite des RBB und dort auf den entsprechenden Redenbeitrag.

Wir freuen uns auf Ihre Rückmeldungen, schreiben Sie uns. Kontaktmöglichkeiten finden Sie am Ende des Parlamentsreports.

Universitätsklinikum

**Charité stellt
im Wissenschaftsausschuss
ihr Zukunftskonzept 2030 vor**

Adrian Grasse, MdA

Im Wissenschaftsausschuss fand in Anwesenheit von Vertretern des Vorstands der Charité um Prof. Heyo Kroemer eine Anhörung zu den Plänen und der zukünftigen Ausrichtung des größten Universitätsklinikums Europas statt.

Einleitend hat Adrian Grasse die Gelegenheit genutzt, die hohe Wertschätzung der CDU-Fraktion für die Arbeit der Charité zum Ausdruck zu bringen. Es ist zu begrüßen, dass nunmehr ein langfristiges Strategiekonzept vorliegt und mit dem geplanten Ausbau der drei bettenführenden Kliniken die Stärkung aller Charité-Standorte vorgesehen ist.



Mit Blick auf die Neubesetzung im Aufsichtsrat zur kommenden Wahlperiode hat Adrian Grasse deutlich gemacht, dass eine forschungsfeindliche Einstellung, wie sie Vertreter der Grünen immer wieder zum Ausdruck gebracht haben, die Charité in ihrer Weiterentwicklung erheblich behindern würde. Das Zukunftskonzept stellt die Weichen, um die Charité

als international führenden Standort der Medizin und Wissenschaft weiter zu entwickeln und zu profilieren. Die CDU-Fraktion wird die Umsetzung der Pläne daher konstruktiv begleiten.

Sport: Training und Wettbewerb

**Berlins Topathleten
im Ungewissen!**

Stephan Standfuß, MdA

Manchmal ist die gesamte Leistungssportkarriere über 10 bis 12 Jahre auf ein einziges Ziel ausgerichtet: Die Teilnahme an Welt- oder Europameisterschaften oder – oftmals noch wichtiger – die Teilnahme an den Olympischen Spielen.



Im eigenen Trainingskalender haben sie einen festen Termin und jede Trainingsstunde – bei Spitzensportlern bis zu 30 Stunden in der Woche und darüber hinaus – ist genau auf diesen Termin ausgerichtet. Das ganze Leben ist spätestens im letzten Jahr der Vorbereitung ausschließlich auf diesen Termin orientiert.

Im Olympiastützpunkt Berlin im Sportforum Berlin in der Fritz-Lesch-Str. 29, aber auch an den dazugehörigen Standorten, je nach Sportart über die Stadt verteilt, bietet man den Spitzensportlern zum einen beste Trainings- und Vorbereitungsmöglichkeiten. Während der langen Lockdown-Phasen natürlich auch infektionssicher. Zum anderen hilft man den Sportlerinnen und Sportlern auch über den Leistungshöhepunkt hinaus weitere Perspektiven für das Leben zu entwickeln. So fallen keine Teilnehmerinnen und kein Teilnehmer nach der Leistungssportkarriere in ein Loch.

Vor allem aufgrund der Bemühungen der CDU-Fraktion in der vergangenen, aber auch in dieser Legislaturperiode ist der Spitzensport in Berlin nahezu perfekt aufgestellt.

<https://www.osp-berlin.de>

Als sportpolitischer Sprecher bin ich regelmäßig an den Standorten unterwegs, um zu erfahren, wo es noch Verbesserungsmöglichkeiten gibt. Und auch wenn der Spitzensport manchmal kritisch gesehen wird, freut sich doch jeder bei internationalen Wettkämpfen über eine Medaille für Deutschland, besonders wenn die Sportlerin oder der Sportler aus Berlin kommen. Das war auch 2020 bei den Olympischen Sommerspielen in Tokio eigentlich so geplant und die Vorbereitungen liefen perfekt.



Olympic Barbecue im Herbst 2019 , da war die Welt noch in Ordnung!

Dann aber kam die Pandemie dazwischen und die Spiele mussten leider abgesagt werden, was natürlich vernünftig war. Man verlegte die Spiele auf den Zeitraum 23.07.-08.08.2021. Für den Spitzensport ein herber Niederschlag, auch wenn es natürlich größtes Verständnis für diese Maßnahme gab. Die harte Vorbereitung war schnell vergessen, man machte eine kurze Erholungspause und fast alle aussichtsreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer entschieden sich für einen zweiten Anlauf für die verschobenen Spiele 2021. Nun werden aber zunehmend Stimmen laut, die auch die Spiele 2021 lieber verschieben wollen. Das würde allerdings für manchen Spitzensportler das bittere Aus bedeuten.

Um über die Perspektiven der Sportlerinnen und Sportler auch im Falle einer erneuten Absage der Olympischen Spiele zu reden, hat die CDU-Fraktion einen Besprechungspunkt mit dem Leiter des Olympiastützpunktes Berlin **Dr. Harry Bähr** für diesen Freitag angemeldet.



Dr. Harry Bähr

Für den Fall, dass Spiele auch dieses Jahr ausfallen, hat die CDU-Fraktion als Ersatzperspektive für die Spitzensportlerinnen und -sportler ganz aktuell ein Konzept einer nationalen Ersatzveranstaltung für Olympia entwickelt. Natürlich mit Infektionsschutz und effizienten Hygieneregeln. In den nächsten Tagen präsentieren wir dazu unsere Ideen.

Wir können unsere Topathletinnen und Topathleten nicht im Regen stehen lassen. Es muss eine Perspektive geben.

Lehrerinnen mit Kopftuch?

Ideologischer Streit in der rotrotgrünen Politik-Dämmerung

Cornelia Seibeld, MdB

Der rot-rot-grüne Senat schafft es derzeit fast täglich, in seinen letzten Regierungsmonaten noch einen veritablen Koalitionsstreit vom Zaun zu brechen und deutlich zu machen, dass es ein weiter so nach den Wahlen nicht geben kann. „Sinnfreie Prozesshanserei“ titulierte ausgerechnet der Justizsenator (grün) den Versuch seiner Kollegin Bildungssenatorin (rot), verfassungsgerichtlich die Neutralität an der Schule überprüfen zu lassen.

Das Berliner Neutralitätsgesetz behandelt Angehörige aller Religionen gleich: Wer als Lehrer, Polizeibeamter, Richter, Staatsanwalt oder Justizvollzugsbeamter unseren Staat repräsentiert, muss sich während seines Dienstes bei der Zurschaustellung seines religiösen Bekenntnisses gegenüber Bürgern zurückhalten. Gemeint ist natürlich vor allem das Tragen besonders hervorstechender religiöser Symbole, wie beispielsweise das muslimische Kopftuch. Zurückhaltung ist insbesondere dort geboten, wo Bürger dem staatlichen Einfluss besonders ausgesetzt sind. Denn es geht darum, auch nur den Anschein zu vermeiden, dass die Mitarbeiter unseres demokratischen Rechtsstaates über die Anliegen der ihnen gegenüberstehenden Bürgerinnen und Bürger nach anderen Kriterien entscheiden könnten, als nach Recht und Gesetz.

Besonders an den öffentlichen Schulen muss das Neutralitätsgebot daher uneingeschränkt fortbestehen. Denn Schüler stehen in besonderer Abhängigkeit zu ihren Lehrern, sie werden von diesen erzogen und beurteilt. Pädagogen fungieren als Vorbilder, dies gilt umso mehr, je jünger die betroffenen Schüler sind. Sie sind den religiösen und politischen Bekundungen der Lehrer viel unmittelbarer ausgesetzt, als dies bei sonstigen Begegnungen im gesellschaftlichen Alltag der Fall ist.

Um den Schulfrieden zu wahren, dürfen Pädagogen in der Schule deshalb keine religiösen oder weltanschaulichen Symbole tragen. Sie genießen zwar ihre individuelle Glaubensfreiheit, sind aber zugleich Amtsträger und damit der fördernden Neutralität des Staates auch in religiöser Hinsicht verpflichtet. Der staatliche Erziehungsauftrag nach dem Berliner Schulgesetz kann nur dann erfüllt werden, wenn die weltanschaulich-religiöse Neutralität und der Schutz der negativen Glaubensfreiheit der Schüler lückenlos garantiert sind. Keinesfalls soll das Neutralitätsgesetz das Verhältnis zwischen Schülern und Lehrern oder Bürgern regeln. Es regelt – und nur dies kann es auch – die Neutralität der Repräsentanten des Staates.

Grüne wollen das Gesetz kippen, bezeichnen es als verfassungswidrig, weil ein Urteil des Bundesarbeitsgerichts dies so getan habe. Eine verfassungsrechtliche Prüfung bezeichnen sie

nun als überflüssig, werfen der eigenen Koalitionskollegin Verschleppungstaktik vor. Der grüne Justizsenator hat gar muslimischen Referendarinnen bei Gericht das Tragen des Kopftuchs im Alleingang erlaubt.



Der regierende Bürgermeister stellte in der gestrigen Sitzung klar, dass Neutralität des Staates gegenüber seinen Bürgern ein hohes Gut ist, das es zu verteidigen und zu gewährleisten gilt. Es bleibt abzuwarten, wer sich in diesem Koalitions-Hick-Hack durchsetzen wird. Im Interesse unseres Staates bleibt zu hoffen, dass es nicht die Grünen sein werden.

Sportstättensanierung

Senat hat Lockdown nicht genutzt!

Stephan Standfuß, MdB

Schon zu Beginn des ersten Lockdowns haben wir als CDU-Fraktion das Thema Sportstätten-sanierung im Sportausschuss aufgerufen. Wir wollten vom Senat wissen, ob man die Sperrzeiten der Sportstätten, vor allem bei Bädern und gedeckten Sportanlagen sinnvoll für anstehende Sanierungsmaßnahmen nutzen würde und was man konkret in den einzelnen Sportstätten, für die das Land Berlin zuständig ist, plant. Die Antwort des Senats ließ damals schon erahnen, dass nicht viel passieren würde und auch im zweiten Lockdown hat man die Möglichkeiten, die weitestgehend leer stehenden Sportanlagen zu sanieren, leider nicht genutzt.

Bei zahlreichen Nachfragen erklärte uns der rot-rot-grüne Senat, was angeblich alles dagegen sprach. Es kam aber auch heraus, dass man sich gar nicht damit auseinandergesetzt hat.



Immerhin gehen die Bauarbeiten für das Sportmuseum unterhalb der Tribünen des Maifeldes und in den Vorräumen der Langemarckhalle nach langem hin und her endlich voran.

Dabei wäre es doch bei guter Planung geradezu ideal gewesen. Man hätte anstehende Arbeiten deutlich beschleunigen und vermutlich auch die Kosten senken können und dem ohnehin durch die Pandemie stark gebeutelten Sport in Berlin wenigstens nach dem Lockdown einen störungsfreien Neustart sichern können.



Nun wird es so sein, dass die Sportlerinnen und Sportler in Berlin schon nach kurzer Anlaufzeit erneut Ihre dringend benötigten Sportanlagen teilweise nicht oder nur eingeschränkt nutzen können, weil Sanierungsarbeiten zwingend erforderlich sind. Das hätte man besser machen können.

Umweltausschuss

Kleingärten in Berlin: wichtig – notwendig – sie gehören zu Berlin!

Oliver Friederici, MdB

Als Vorsitzender des Ausschusses für Umwelt und Verkehr habe ich in der Sitzung am 04. Februar 2021 zwei wesentliche Antragsvorhaben für die Berliner CDU-Fraktion in die parlamentarische Beratung bringen können. Dies sind die Anträge:

- Dauerhafter Schutz für Kleingärten in Berlin
- Kleingärten als ökologische Ausgleichsflächen anerkennen!



Beide CDU-Anträge beinhalten den Schutz der Berliner Kleingärten, denn diese sollen so weit wie möglich dauerhaft und verbindlich gesichert sein. Im ersten Antrag wird der rot-rot-grüne Berliner Senat erneut aufgefordert, Instrumente zu entwickeln und anzuwenden, die mit neuer Planungsunsicherheit neue Schutzfristen schaffen.

Für Kleingartenflächen, bei denen perspektivisch Nutzungsänderungen vorgesehen sind, sollen die entsprechenden Planungen bekanntgemacht, stichhaltig begründet und mit einer verbindlichen zeitlichen Perspektive unterlegt werden. Soweit Kleingartenflächen aufgrund zwingender Nutzungsänderungen nicht erhalten werden können, sind entsprechende Ersatzflächen auszuweisen und bereitzustellen. Hierbei sind auch alle in Planung befindlichen Ersatzflächen zeitnah auszuweisen. Soweit möglich, soll eine Herrichtung von Ersatzflächen durch den jeweiligen Inanspruchnehmer erfolgen.

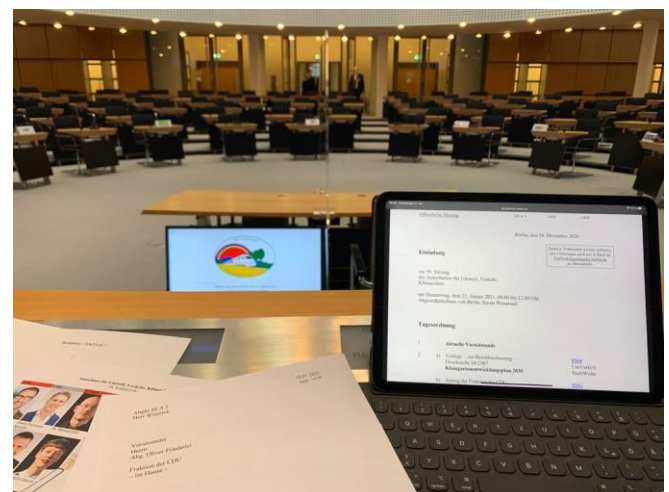
Kleingärten auf Privatgrund sind durch dafür geeignete Maßnahmen zu schützen und zu sichern. Soweit eine Erhaltung nicht möglich ist, sind die wegfallenden Flächen bei der Planung und Bereitstellung von geeigneten Ersatzflächen entsprechend zu berücksichtigen.

SPD, Linke und Grüne regieren Berlin seit mehr als 4 Jahren, doch bei den Kleingärten kommen sie nicht voran. Von einer dauerhaften und verbindlichen Sicherung der Berliner Kleingärten ist kaum die Rede. Im Gegenteil, es sollen lediglich wieder großflächige Schutzfristen zum Einsatz kommen. Dies widerspricht eindeutig dem Willen des Parlaments und ist deshalb zurück-

zuweisen. Ein erneutes Bekenntnis des Abgeordnetenhauses zu Inhalt und Zielen seines Beschlusses vom 20. März 2014 ist offensichtlich erforderlich, um den Senat auch für die laufende Legislaturperiode zu verpflichten.

Mit dem Antrag ‚Kleingärten als ökologische Ausgleichsflächen anerkennen!‘ fordert die CDU den Berliner Senat auf, die Schaffung neuer sowie die ökologische Aufwertung bestehender Kleingartenflächen als einen Regelfall der ökologischen Ausgleichsleistung im Rahmen der entsprechenden Vorschriften des BauGB bzw. des BNatSchG anzuerkennen. Dieses Prinzip ist auch in die Gesamtstädtische Ausgleichskonzeption des Landes Berlin zu integrieren und im Rahmen des Berliner „Ökokontos“ (Bevorratung von Kompensationsmaßnahmen) zu berücksichtigen.

Kleingartenanlagen besitzen ein erhebliches ökologisches Potenzial, auch als Rückzugsflächen für die Tier- und Pflanzenwelt innerhalb des Stadtgebietes. Sie können und müssen deshalb auch bei der Durchführung von bau- bzw. naturschutzrechtlichen Ausgleichsmaßnahmen berücksichtigt werden. Es ist unverständlich, warum dieses Prinzip nicht längst Eingang in die Praxis des Berliner Senats gefunden hat – insbesondere angesichts des in der wachsenden Stadt weiter steigenden Bedarfs an Kleingartenflächen.



Wissenschaft

CDU setzt sich für den Aufbau eines Berliner Instituts für Aerosolforschung ein

Adrian Grasse, MdB

Die Rolle von Aerosolen im Infektionsgeschehen ist bisher noch nicht ausreichend erforscht. Auf Initiative von Adrian Grasse hat die CDU-Fraktion daher in dieser Woche einen Antrag ins Parlament eingebracht, der den Aufbau eines Instituts für Aerosolforschung in Berlin vorsieht. In enger Abstimmung mit der Charité soll das Forschungszentrum zukünftig als zentrale Anlaufstelle unterschiedliche Expertisen und Perspektiven bündeln, um wissenschaftliche Erkenntnisse möglichst zeitnah in konkrete Modelle und Technologien umzusetzen. Nicht nur vor dem Hintergrund des aktuellen Infektionsgeschehens, sondern auch mit Blick auf zukünftige pandemische Lagen ist eine nähere Erforschung der Übertragung von Aerosolen angezeigt.



Um konkrete Handlungsempfehlungen zu entwickeln, sollen neben den Forschungsfeldern der Epidemiologie, der Infektiologie sowie der Virologie auch Experten der Lüftungstechnik und Strömungsmechanik mit einbezogen werden. Mit der Expertise der Charité hat Berlin das Potential, auf diesem Gebiet eine Vorreiterrolle einzunehmen. Die CDU-Fraktion wird sich daher für eine dauerhafte institutionelle Förderung dieses Forschungszweiges stark machen.

<https://m.tagesspiegel.de/berlin/infektion-durch-schwebepartikel-cdu-fordert-institut-fuer-aerosol-forschung-in-berlin/26906328.html>



Verkehrspolitik

Luftverkehr in Berlin und Brandenburg

Oliver Friederici, MdB

Mit großer Sorge betrachtet die Berliner CDU-Fraktion die Lage des Luftverkehrs in Berlin. Auch in der ersten Februar-Plenarsitzung habe ich dies wieder thematisieren müssen. Die Stammdaten: Jeden Tag bilanziert die Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg einen Verlust von 1 Mio. Euro. Der alte Flughafen Schönefeld muss daher in wenigen Tagen geschlossen werden, die zum neuen BER-Terminal gehörenden Piers Nord und Süd müssen geschlossen bleiben. Aktuell fertigt der Flughafen BER nicht einmal 8% des Luftverkehrs ab im Vergleich zu „vor Corona“. Aktuell finden am Flughafen BER in den nächsten 7 Tagen nur 270 Flugbewegungen statt – vor Corona waren das an den Flughäfen Tegel und Schönefeld über 4.500. Aktuell gibt es keine Interkontinentalverbindung, vor Corona waren es auch nur acht Flüge. Was sind die Konsequenzen: Berlin braucht nach der Corona-Pandemie eine gemeinsame, konzertierte Initiative von der Flughafengesellschaft Berlin-Brandenburg und den Landesregierungen und Wirtschaftsfördergesellschaften Berlin und Brandenburgs zur Schaffung neuer Flugverbindungen von und nach Berlin.

Den Fluggesellschaften muss klar gemacht werden, dass es kein Verschieben Berlin-Brandenburger Fluggäste nach München und Frankfurt mehr geben darf. Es müssen stattdessen endlich mehr direkte Flüge aus unserer Region ermöglicht werden.

Unsere Stadt braucht ein wirtschaftsfreundlicheres Klima in der linken Koalition und auch endlich die Bereitschaft, teilweise private Investoren für die Flughafengesellschaft zu gewinnen. Diese verringern unter anderem das unternehmerische Risiko und helfen so den Anteilseignern Brandenburg und Berlin.

Humboldt Universität

CDU fordert Ausschluss eines Mitglieds des Akademischen Senats der HU nach gewaltverherrlichenden Äußerungen

Adrian Grasse, MdA

Am vergangenen Wochenende hat sich zum wiederholten Male ein Mitglied des Akademischen Senats der Humboldt-Universität mit gewaltverherrlichenden Äußerungen in den sozialen Medien zu Wort gemeldet.

Adrian Grasse hat daraufhin in der Aktuellen Viertelstunde des Wissenschaftsausschusses gegenüber dem Staatssekretär deutlich gemacht, dass die CDU-Fraktion Aufrufe zur Gewalt und Erschießungsphantasien, die in eindeutigem Widerspruch zu den Werten unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung stehen, auf das Schärfste verurteilt.



Derartiges Verhalten ist mit der Mitgliedschaft in einem hochschulischen Gremium in keiner Weise vereinbar. Der Rücktritt von seinen Ämtern bei den Jusos und aus dem erweiterten Landesvorstand der SPD kann jedoch nur der erste Schritt gewesen sein. Die CDU-Fraktion fordert den rot-rot-grünen Senat daher auf, die Humboldt-Universität dabei zu unterstützen, auch auf den Ausschluss bzw. den Rücktritt des betreffenden Mitglieds aus dem Akademischen Senat hinzuwirken.

<https://www.welt.de/politik/deutschland/article226120669/Berliner-SPD-Juso-verherrlicht-Gewalt-AStA-solidarisiert-sich-mit-ihm.html>

<https://www.morgenpost.de/berlin/article231503843/Berliner-Juso-tritt-nach-Mordfantasien-im-Internet-zurueck.html>

[Das vorläufige Beschlussprotokoll der Plenarsitzung ist auf der Webseite des Abgeordnetenhauses einsehbar.](#)

[Redebeiträge aus dem Abgeordnetenhaus können auf rbb-online angesehen werden](#)

Impressum / ViSdP: Die Mitglieder des Abgeordnetenhauses von Berlin:
 Oliver Friederici, Christian Goiny, Adrian Grasse, Cornelia Seibeld, Stephan Standfuß
 Steglitz: Bürgerbüro, Hindenburgdamm 80, 12203 Berlin
 030 844 17174, buergerbuero.hindenburgdamm@gmail.com
 Zehlendorf: Bürgerbüro, Onkel-Tom-Straße 1, 14169 Berlin
 030 / 407 256 44, kontakt@starkes-zehlendorf.de